

**Vor diesem Hintergrund haben wir Milchviehalter\*innen in Niedersachsen wichtige Zukunftsfragen an die Landespolitik bei uns:**

**- Zum Milchmarkt**

**o Wie sieht Ihre Partei die Zukunft einer regionalen, nachhaltigen Landwirtschaft mit entsprechender Nutztierhaltung?**

Wir wollen eine regionale und nachhaltige Landwirtschaft erhalten und stärken. Dazu gehört aus unserer Sicht auch eine flächengebundene Nutztierhaltung, die insbesondere in den Grünlandregionen auch die Weidehaltung umfasst. Wir wollen den Import von Futtermitteln deutlich reduzieren und setzen stattdessen auf eine Eiweißstrategie, die auf heimische Erzeugung setzt. Regionalisierung von Produktionsprozessen und Stärkung der anteiligen Direktvermarktung sollen die Abhängigkeit vom EU- und Weltmarkt, die in Teilen der Landwirtschaft immer noch besteht, senken. Als Leitbild fugieren dabei (möglichst) geschlossene regionale Kreisläufe, die ein nachhaltiges Wirtschaften nicht nur in ökologischer, sondern auch in ökonomischer Hinsicht gewährleisten.

**o Welche Veränderungen sind aus Sicht Ihrer Partei zur Etablierung eines Preisniveaus für die von der Landwirtschaft erzeugten Agrarprodukte notwendig, um die wirtschaftliche Perspektive unserer Höfe zu sichern?**

Im Handel und beim verarbeitenden Gewerbe wie den Molkereien findet seit Jahren eine Konzentration auf wenige, marktrelevante Akteure statt. Große Gewinnmargen sind wegen der schlechten Marktstellung gegenüber diesen oligopolartigen Strukturen durch landwirtschaftliche Betriebe schwer zu erzielen.

**o Sehen Sie bei der Verbesserung der Marktstellung der Milchviehalter\*\*innen politischen Handlungsbedarf in Form einer verpflichtenden Vorgabe von Vereinbarungen über Preis, Menge, Dauer und Qualität der gesamten Liefermengen oder ist das eine Aufgabe ausschließlich der Marktpartner?**

Auskömmliche Erzeugerpreise sind nur durch eine striktere Umsetzung der EU-Richtlinie gegen unlautere Handelspraktiken in nationales Recht möglich. Dies betrifft auch den Artikel 148 der Gemeinsamen Marktordnung, der die Position der Milchviehbetriebe gegenüber den Molkereien stärken kann. Hier muss die Politik die Rahmenbedingungen vorgeben. Das Kriseninterventionsmodell des BdM unterstützen wir. Auch die Einführung eines Tierwohl-Cents, mit dem der Umbau der Tierhaltung und die Mehrarbeit entlohnt werden, ist notwendig. Die Systemanalyse Milch hat gezeigt, dass die gesellschaftlich gewünschte Weidetierhaltung nur zu höheren Kosten produzieren kann als die reine Stallhaltung. Dies muss mit einer Weidetierprämie auch für Milchkühe ausgeglichen werden, um den Prozess der schwindenden Weidehaltung umzukehren.

**o Farm to Fork und Green Deal sind aktuell in aller Munde. Wie steht Ihre Partei dazu insbesondere vor dem Hintergrund der derzeit vielfach angezweifelten Ernährungssicherheit?**

Die Grünen stehen zu den Zielen und der Umsetzung von Farm to Fork und unterstützen den Green Deal. Die Klimakrise und das Artensterben wurden zurecht als akute Bedrohung für die ganze Gesellschaft, insbesondere aber auch für die Landwirtschaft, ausgemacht. Wir müssen die Krisen gleichzeitig bewältigen. Es wäre fatal die Anstrengungen in diese Richtung kurzfristig umzuwerfen, weil dies mittelfristig eine deutlich größere Gefahr für die Ernährungssicherheit und die Zukunft insgesamt hätte. Um die Ernährung dauerhaft für alle zu sichern, muss der Konsum an tierischen Produkten in westlichen Ländern gesenkt werden. Die Nutzung von Rauhfutter auf Grünlandflächen trägt allerdings nicht zur Verschärfung des Welthungers bei, da diese Flächen nicht für den Ackerbau und damit die direkte menschliche Ernährung genutzt werden. Es kann nicht sein, dass ein Europa Weizen in Tanks verschwendet wird, während andernorts gehungert wird. Aber auch die Preisspekulation bei Futter- und Lebensmitteln muss z.B. durch eine Transparenz der vorhandenen Mengen eingedämmt werden, denn in ärmeren Ländern können die vorhandenen Lebensmitteln oft einfach nur nicht bezahlt werden.

**o Unterstützt Ihre Partei die Bestrebungen des BDM und seiner Mitglieder für eine klare Produkt- und Herkunftskennzeichnung?**

Wir unterstützen die geplante Einführung einer verpflichtenden staatlichen Haltungskennzeichnung auf Bundesebene und setzen uns für die Ausweitung auf alle Tierarten ein. Nur so können Verbraucherströme

gelenkt werden. Darüber hinaus begrüßen wir die Überlegungen eine europaweite Herkunftskennzeichnung einzuführen.

**o Vertritt Ihre Partei auch die Auffassung, dass sich zusätzliche bzw. höhere Standards unabdingbar und 1:1 mittels einer Erhöhung der Preise für die entsprechenden Agrarprodukte auf den landwirtschaftlichen Betrieben wiederfinden müssen?**

Ja. Wir müssen zwischen gewünschten höheren Erzeugerpreisen und weniger gewünschten höheren Preisen beim Endkunden unterscheiden. Finanzschwache Haushalte müssen mit höheren Regelsätzen sozialpolitisch unterstützt werden, damit sie die steigenden Preise zahlen können.

In Deutschland liegen, gemessen an der Kaufkraft, die Aufwendungen für Lebensmittel am Haushaltseinkommen gerade bei Besserverdienenden weit unter dem Durchschnitt anderer Staaten. Auch dies ist ein Grund, warum Mio. Tonnen an noch genießbaren Lebensmitteln jedes Jahr weggeworfen werden. Höhere Auflagen, die zu Mehrkosten führen, müssen sich am Ende auch im Preis widerspiegeln.

**o Die Zukunftskommission Landwirtschaft hat in ihrem Abschlussbericht die Notwendigkeit des Umbaus der Landwirtschaft hin zu mehr Klimaschutz, Artenvielfalt und Tierwohl herausgestellt. Wie steht Ihre Partei zu den Ergebnissen der Zukunftskommission? Wo sehen Sie konkreten Handlungsbedarf für die Politik?**

Wir Grünen stehen hinter den vielfältigen Ergebnissen der Zukunftskommission und setzen uns für eine rasche Umsetzung der Empfehlungen ein. Der Bericht darf nicht in der Schublade verschwinden.

Die Politik ist nun gefordert die Transformation, hin zur Honorierung gesellschaftlicher Leistungen, entsprechen zu operationalisieren. Den Kern soll dabei die Internalisierung also die Einbeziehung aller Kosten in die Endpreise bilden. Aber auch vielfältige andere Empfehlungen zur Verwendung der GAP-Mittel oder zur Unterstützung bei der Hofübergabe sind zu verfolgen.

**o Mit der GAP 2020 und der darin berücksichtigten Gemeinsamen Marktordnung (GMO) wurde das Sicherheitsnetz für EU-Agrarmärkte erweitert. Mittels zeitlich befristeter Marktkrisenmaßnahmen kann Einfluss genommen werden auf eine Veränderung der angebotenen Menge an Agrarprodukten. Wird Ihre Partei dazu beitragen, dass die möglichen Marktmaßnahmen im Bedarfsfall auch eingesetzt werden? Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, im Fall von schweren Marktkrisen, zeitlich befristete Marktmaßnahmen verbindlich vorgeben zu können?**

Ein dauerhaftes Kriseninstrument zur Verringerung der Milchlieferung halten wir für notwendig. Damit soll im Falle des Versagens von Märkten bzw. in Krisenzeiten, in denen ein auskömmlicher Milcherzeugerpreis (abgeleitet von den Notierungen der Milchleitprodukte an Warenterminbörsen) unterschritten wird, das Milchangebot frühzeitig der tatsächlichen Nachfrage angepasst werden. Hierfür muss die Milchmarkt-Beobachtungsstelle der EU zu einem voll funktionsfähigen Instrument der Marktanalyse und Krisenintervention und effizienten Frühwarnsystem ausgebaut werden. Deutschland nutzt derzeit die bestehenden nationalen Möglichkeiten des Artikel 148 GMO noch nicht.

**o Um dem Primärsektor zukünftig die Übernahme von mehr Marktverantwortung zu ermöglichen, wurden mittels der BDM-Sektorstrategie 2030, exemplarisch am Milchmarkt, aber auf alle Primärsektoren übertragbar, Überlegungen erarbeitet, die u.a. ein effizientes Marktmanagement ermöglichen würden. Wie steht Ihre Partei zu solchen Überlegungen?**

Die formulierten Ziele der Sektorstrategie 2030 werden von uns durchweg geteilt und auch die Überlegung, sich bei der Strategieausrichtung auf einen europäischen Milchmarkt einzustellen scheint uns grundsätzlich richtig. Gerne unterstützen wir die Umsetzung der Strategie an den Stellen, wo die Politik durch eigenes Handeln Einflüsse ausüben kann.

**Milchmarkt => Der Markt funktioniert: Verringerung im Milchaufkommen = deutlich steigende Preise für Milchprodukte – aber: Anstieg der Milcherzeugerpreise deutlich langsamer und verzögert => Marktstellung der Milcherzeuger muss verbessert werden!**

## **o Wie steht Ihre Partei zur vorgenannten Forderung?**

Auch wir sind der Meinung, dass die Milcherzeugenden eine bessere Stellung im Markt benötigen. Schon 2018 haben wir gefordert, in der nationalen Anwendung des Artikels 148 der Gemeinsamen Marktorganisation die Lieferbeziehungen zwischen Erzeugerinnen und Erzeugern sowie Molkereien verbindlich über schriftliche Verträge zu regeln, die definierte Preise je kg Milch für eine bestimmte Menge in einem bestimmten Lieferzeitraum enthalten und zudem dafür plädiert, die Andienungspflicht aufzuheben.

## **- „Rote Gebiete“**

**Trotz nicht unerheblicher Anpassungen in der nationalen Düngegesetzgebung besteht bezüglich der in der Düngeverordnung festgelegten Vorgaben weitergehender notwendiger Handlungsbedarf:**

**o Bei der Ausweisung der „Roten Gebiete“ ist transparent und für alle nachvollziehbar vorzugehen, im Vordergrund muss das Verursacherprinzip stehen.**

**o Das dafür verwendete Messstellennetz ist zu modernisieren, es dürfen nur Ergebnisse von Messstellen herangezogen werden, die in einem einwandfreien Zustand sind sowie deren konkretes Einzugsgebiet nachvollziehbar dargelegt werden kann.**

## **⇒ Wie steht Ihre Partei zur Vorgehensweise bei der Ausweisung „Roter Gebiete“?**

Die Nitratbelastung der niedersächsischen Böden insgesamt ist seit Jahren bekanntermaßen deutlich zu hoch. Deswegen begrüßen wir grundsätzlich Maßnahmen, die die Überdüngung beenden und den Boden- und Gewässerschutz dienen. Bei der Ausweisung der Roten Gebiete hätten wir uns ein Verfahren gewünscht, welches das Verursacherprinzip stärker in den Fokus rückt. Mit der Einführung des „Güllekatasters“, die unter Minister Meyer angeschoben wurde, gab es erstmal die Möglichkeit individualisiert Probleme zu identifizieren und diese betriebsspezifisch anzugehen. Ebenso hat die Einführung des Nährstoffberichtes bei der Problemanalyse geholfen.

Um eine wissenschaftlich fundiertere Ausweisung bzw. Anpassung der jetzigen Kulisse zu ermöglichen, braucht es deutlich mehr Messstellen. Diese müssen sehr zeitnah und nach nachvollziehbaren Kriterien errichtet werden, um das bisher lückenhafte Messnetz zu vervollständigen.

## **- Wolfsproblematik**

**Die stetig steigende Wolfspopulation, auch in Niedersachsen, macht, vor allem im Hinblick auf die gesellschaftlich gewollte Weidetierhaltung, ein entsprechendes Wolfsmanagement erforderlich.**

## **⇒ Unterstützen Sie diese Forderung?**

Unser Ziel ist ein Wolfsmanagement, das sowohl den Naturschutz als auch die berechtigten Interessen der Weidetierhaltenden berücksichtigt. Wir setzen auf einen flächendeckenden Herdenschutz, verbesserte Förderung von Präventionsmaßnahmen und Unterstützung von weidetierhaltenden Betrieben. Die Haltung von Herdenschutztieren unterstützen wir mit besonderem Fokus auf den Herdenschutz am Deich. Wir richten ein Herdenschutzteam ein, das für von Wolfsrissen betroffene Tierhalter\*innen und benachbarte Betriebe schnelle Hilfe bei der Verbesserung des Herdenschutzes leistet, um weitere Angriffe zu verhindern. Bei dennoch erfolgten Verlusten durch Wolfsübergriffe sind die Haltenden konsequent zu entschädigen und ihnen Hilfen anzubieten.

Dessen ungeachtet wird es in Ausnahmefällen erforderlich sein, einzelne Wölfe, die regelmäßig wolfsabweisende Umzäunungen überwinden oder eine Gefahr für den Menschen darstellen, zu töten. Einer Aufnahme des Wolfes ins Jagdrecht haben wir allerdings nicht zugestimmt, da wir dies im Ergebnis, nicht zuletzt aufgrund der berechtigten Unterschutzstellung des Wolfes, auch nicht für zielführend halten.

## **- Grünland / Moorschutz / Klimaschutz**

**Artenreiches Dauergrünland leistet einen außerordentlich hohen Beitrag zum Klima-, Natur- und Umweltschutz und ist dazu ein bedeutsamer Kohlenstoffspeicher. In Kombination mit der Weidehaltung sind zusätzlich zu den Biodiversitätsvorteilen in gleichem Maße viele Tierwohlaspekte verbunden. Der zukünftige Niedersächsische Landtag sollte sich für eine entsprechende Würdigung einer Dauergrünlandnutzung einsetzen. Denkbar ist u. a. die Einführung von Förderprogrammen für alle Weidetierhaltungen wie auch die Honorierung der Vorteile des Dauergrünlandes durch z.B. CO<sub>2</sub>-Zertifikate.**

**⇒ Welche Position vertritt Ihre Partei bei zukünftigen GAP-Verhandlungen im Hinblick auf die Weidetierhaltung als weitere Eco-Schemes ?**

Uns ist bewusst, dass die Weidehaltung durch die Umstellung der EU-Förderungspolitik zu den großen Verlierern zählt. Wie seit Jahren bekannt, stehen wir für eine Weideprämie für alle Tierarten, die wir im Falle einer Regierungsbeteiligung zeitnah umsetzen würden. Gleichzeitig hoffen wir, im Rahmen der geplanten Evaluierung der GAP-Maßnahmen die Weidetierhaltung auch in den Eco-Schemes berücksichtigen zu können. Eine sofortige Aufnahme wird vermutlich nicht möglich sein, da die Abläufe nach der Wahl im Oktober zu sehr fortgeschritten sein werden. Das Thema Moorschutz ist aus Klimaschutzgründen außerordentlich wichtig. Wir wollen gemeinsam mit den betroffenen Regionen eine Moorschutzstrategie entwickeln, die transparent macht, welche Maßnahmen wo sinnvoll sind, und wie die finanziellen Auswirkungen ausgeglichen werden können.

**- Zum Entwurf des Niedersächsischen Gesetzes über Grundstücksgeschäfte im Bereich der Landwirtschaft (NGrdstLwG)**

**Zum vorgenannten Gesetzentwurf der Landesregierung gab es in Bezug auf die Umsetzung seitens einiger Verbände, u.a. unseres Landesverbandes, sowie von Frau Prof. Dr. Antje G.I. Tölle (Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin) z. T. kritische Anmerkungen.**

**⇒ Wie steht Ihre Partei zur Umsetzung des geplanten Gesetzes?**

Wie bereits in der letzten Legislaturperiode werden wir einen Entwurf für ein Agrarstruktursicherungs- und Verbesserungsgesetz in die parlamentarischen Beratungen einbringen. So wollen wir sicherstellen, dass ortsansässige Landwirtschaftsbetriebe ein starkes Vorkaufsrecht gegenüber außerlandwirtschaftlichen Investor\*innen haben und eine wirksame Preisbremse eingeführt wird. Den Gesetzesentwurf zum NGrdstLwG der Landesregierung halten wir für unzureichend.